



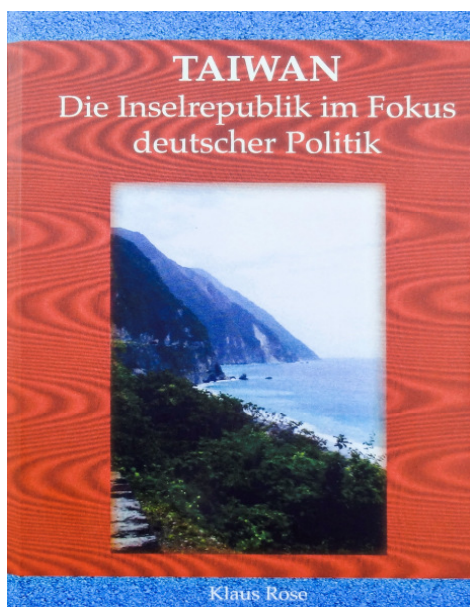
Das demokratische Taiwan bekommt einen neuen Präsidenten/in

Die Chance für eine neue Außenpolitik erscheint gering

Mitte Januar ist es so weit. Nach einem teils giftigen Wahlkampf wird zusammengezählt. Dann hat die Inselrepublik Taiwan auf jeden Fall ein neues „Staatsoberhaupt“. Denn nach acht Amtsjahren durfte Präsident Ma Ying-jeou nicht mehr kandidieren. Als Repräsentant der Kuomintang, also der altehrwürdigen Partei von Chiang Kai-shek, hatte Ma, der vorher Oberbürgermeister von Taipei war, die „Ein-China-Politik“ hochgehalten. Als „Geschenk zum Abschied“ wurde sein historisches Treffen im November letzten Jahres in Singapur mit dem „großen Präsidenten“ Xi Jinping aus Peking gewertet.

Wahlbeobachtungsteams aus vielen Teilen der Welt machen sich ein Bild vom Wahlkampf und vom Fortschritt der ersten chinesischen Demokratie – wie die Regierungsform auf Taiwan zu Recht bezeichnet wird. Anders als im kommunistisch regierten „Festlandschina“ gibt es nämlich seit Jahrzehnten mehrere Parteien, geordnete Machtwechsel und den Beweis, dass auch Chinesen „demokratisch können“. Das hatte zwar der verehrte und inzwischen verstorbene frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) immer wieder mal in Abrede gestellt. Zur Erprobung demokratischer Strukturen im „Reich der Mitte“ hatte er folglich nie aufgefordert, auch nicht, als Hong Kong von den demokratieerfahrenen Briten zum Ende des letzten Jahrhunderts an China zurückgegeben wurde.

Kurze Geschichte von Taiwan



Taiwan, einst auch für Deutschland interessant

Ins Licht der Geschichte trat die Insel Taiwan, ursprünglich von Polynesiern bewohnt, erst in der neuen Qing- oder Mandschu-Dynastie. Diese hatte bei der Verfolgung von Anhängern der Vorgänger-Dynastie Ming 1683 die Insel erobert und im Jahr 1684 eine Präfektur der südchinesischen Provinz Fukien eingerichtet. So ergab sich erstmals ein lockerer verwaltungsmäßiger Zusammenhang von Festland und Insel. Die Beamten wurden ohne ihre Familien hingeschickt, sollten sich also nicht etablieren. Die Insel wurde aber auch von europäischen Kolonialmächten entdeckt (Holländer, Spanier, Portugiesen – daher „die schöne Insel“ – Ilha Formosa) und 1895 nach dem Frieden von Shimonoseki von den Japanern übernommen. Nach genau fünfzig Jahren endete die teils grausame, teils zukunftsorien-

tierte Fremdherrschaft (Zwangssex der Soldaten oder neues Schulsystem) – die Nationalchinesen unter General Chiang Kai-shek hatten mit Hilfe der USA die japanischen Invasoren aus dem Festland gedrängt, auch Taiwan befreit und die Regierung über die „Republik China“ wieder übernommen. Wenige Jahre später musste die von Chiang Kai-shek geführte Regierungspartei Kuomintang aber vor den siegreichen Kommunisten unter Mao Tse-dung nach Taiwan flüchten, am 7. Dezember 1949 zog sich die Nationalregierung nach Taipei zurück. Dort träumte sie weiterhin von einer Übernahme der Regierung in ganz China („Ein-China-Politik“). Doch 1972 schwenkten die USA unter Präsident Nixon auf Peking um, 1979 waren die diplomatischen Beziehungen etabliert. Der US-Kongress war aber verärgert und zwang Präsident Jimmy Carter zum *Taiwan Relations Act* (10.04.1979) – Taiwan konnte seine eigene Regierung behalten, bei garantiertem US-Schutz.

Von der anfänglichen Militärdiktatur des Generalissimus, auch wegen der ständigen kommunistischen Bedrohung besonders der Insel Quemoy/Kinmen, verabschiedeten sich die Menschen schrittweise nach dessen Tod im April 1975. Es hatte immer wieder Unruhen gegeben, vor allem in der südlichen Hafenstadt Kaohsiung. 1987 erfolgten die Aufhebung des Kriegsrechts und die völlige Einführung der Pressefreiheit. Auch Verwandtenbesuche auf dem Festland wurden erlaubt. 1988 wurde mit Lee Teng-hui ein echter Taiwaner Präsident. Er strebte gleichberechtigte Beziehungen mit Peking an, von einer „abtrünnigen Provinz“ sollte keine Rede sein. Bald gab es neben der freien Parlamentswahl auch die erste Direktwahl des Präsidenten (1996). Im Jahr 2000 erfolgte ein Machtwechsel zur DPP (Democratic Progressive Party) und zu Chen shui-bian als Präsident. Nach zwei Amtsperioden wurde dann wieder die Kuomintang an die Spitze gewählt. Und jetzt, nach weiteren zwei Amtsperioden?

Politische Probleme Taiwans

Seit den 1970er Jahren gingen Taiwan oder der Republik China, wie man immer noch offiziell verlautet, die Bündnispartner verloren. Fast die ganze Welt schlug sich auf die Seite der Größeren. Obwohl auch Taiwan mit 23 Millionen Menschen und mit einer modernen Volkswirtschaft Anerkennung verdiente, wandten sich, hauptsächlich wegen des sensationellen Wirtschaftsbooms und seiner Milliardenengeschäfte, auch demokratische Länder dem Reich der Mitte zu. Ganz im Sinne der europäischen „Ostpolitik“ glaubte man an den „Wandel durch Annäherung“. Die Volksrepublik wurde immer mächtiger und dadurch noch attraktiver oder gefährlicher. Inzwischen ist sie an der Spitze der Volkswirtschaften angekommen, wenn auch nur – wegen ihrer Größe – in absoluten Zahlen. Peking führt Militärparaden durch, zeigt die neuesten Panzer und Raketen, strebt in den Weltraum, organisierte grandiose olympische Spiele und schuf sich abhängige Staaten in Afrika, wo es Rohstoffe zu ergattern gilt. Konkurrenzsysteme zu den bestehenden internationalen Organisationen (Weltbank usw.) und eigene Kulturträger (Konfuzius-Institute in mehr als 100 Staaten) erkämpfen Einfluss. Die „Ein-China-Politik“ unter Einbezug Taiwans, Tibets oder anderer Gebiete sah kaum mehr Gegner. Niemand wollte es sich mit Peking verderben. Dass von dort inzwischen Gebietsansprüche im südchinesischen Meer und darüber hinaus gestellt werden, kann höchstens von den USA verhindert werden. Doch vom Friedensnobelpreisträger Barack Obama?

In dieser prekären internationalen Lage versucht die Regierung in Taipei immer wieder „ruhige Gewässer“ zu schaffen. Die von der DPP seit jeher angestrebte Unabhängigkeit Taiwans scheint da nur zu stören. Sollte der nächste Präsident/die nächste Präsidentin von der DPP gestellt werden, befürchten nicht wenige neuen Ärger an der Taiwan-Straße. Dass man von der japanischen Regierung jetzt eine Entschuldigung für die Kriegsgräuere forderte (ähnlich wie Südkorea), kann man nur als Rufen im Walde auffassen. Nur noch 22 Staaten halten diplomatische Beziehungen mit Taipei aufrecht und widerstehen damit den Verlockungen oder Drohungen Pekings. Da muss man schon ein ganz guter Freund sein oder in der Weltgemeinschaft am unteren Ende stehen, wenn man solche Treue zeigt. Deutschland hat sich klar für Peking entschieden – und zwar alle Parteien, besonders aber die CSU, seit ihr Übervater Strauß 1975 in Peking von Mao hofiert wurde. Die größten bayerischen Wirtschaftsdelegationen sind immer gen Peking unterwegs. Gemeinsam mit den jeweiligen Ministerpräsidenten unterzeichnen sie unter großem Pomp euroschwere Verträge. Verschämt hält sich Deutschland eine diplomatische Repräsentanz in Taipei und ebenso ein Wirtschaftsbüro, das kaum auftreten darf. Die Zeiten, als ein deutscher Wirtschaftsminister in Taipei war, sind vorbei.

Was kann Taiwan tun? Herausragende Leistungen erbringen, in der Wissenschaft, Bildung, in der Wirtschaft, im Sport, im Film- und Computergeschäft, in der Umweltpolitik und vor allem in der Demokratisierung der Gesellschaft. Neben Japan und Südkorea steht Taiwan als Symbol einer freien und zivilen Gesellschaft, die keine Nachbarn bedroht. Auch die Chinesen sind also in der Lage, durch ein entsprechendes politisches System für Menschenrechte und Freiheit zu sorgen. Auf diesem Weg fortzufahren, könnte die größte Leistung der neuen Führung von Taiwan werden. Zunächst aber will sich der Autor dieses Artikels direkt im Land von der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen überzeugen. Seit 1980 war er immer wieder in Taiwan, sprach mit allen Parteiführern und Präsidenten und versuchte Hoffnung für den Demokratisierungsprozess auch auf dem Festland und in anderen asiatischen Ländern zu verbreiten. Ein eigenes Buch war entstanden (Foto). Die Geschichte gibt aber erst im Rückblick Auskunft über die Entwicklung.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de